Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8. Fernsprecher 153 u. 222.

Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4046), B. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr. 2035) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7505).

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.
Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 62. **Donnerstag** den 4. Februar 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Besuch des Königs der Belgier in Berlin hat nach offizieller Versicherung auf deutscher und belgischer Seite ungetrübte Eindrücke hinterlassen. Gerüchte von einer auffälligen Reserve der Kaiserin gegenüber dem Könige seien unbegründet; die Kaiserin habe an ihrem alten Fußübel gelitten.

* Die Nachrichten über die Niederwerfung des Aufstandes der Bondelzwarts und die Aufgabe der Belagerung von Otjimbingwe lassen die Lage in Südwestafrika in erfreulicherem Lichte erscheinen.

* Die Wahl des Reichstagsabgeordneten Jänecke (natlib.), 16. Hannover, wurde von der Wahlprüfungskommission für ungültig erklärt.

Hammerstein contra Bülow.

Als Fürst Hohenlohe, der in der letzten Zeit seiner Amtsführung die Zügel nur noch lose in den welken Händen zu halten vermochte, aus dem historischen Palais schied, da vernahmen wir mit milligem Ohr und frohem Herzen, nun werde der neue, noch jugendliche Mann, der dem greisen Diplomaten folgte, uns herrlichen Tagen entgegenführen. Er werde mehr sein als nur ein Diplomat, mehr sein als nur ein „Bremser", dem seine Verehrer und Verteidiger schließlich nichts Besseres mehr nachzurühmen wußten, als daß er das Prestissimo des dahin sausenden Staatswagens wie ein Hemmschuh vor allzu gefährlichem Tempo bewahre. Graf Bülow werde zwar ein treuer, deutscher Diener, aber auch eine Persönlichkeit, nicht nur der Schatten seines Herrn sein. Von ihm, der, höfisch geschmeidiger Formen ungeachtet, das höchste Gut der Menschenkinder, eine ausgeprägte Individualität sein nenne, könne man erwarten, daß er dem Staatsministerium in Wollen und Handeln jene großzügige Einheitlichkeit geben werde, die wir seit dem Entschlafen des märkischen Titannen schmerzlich vermissen mußten. Bisher hatte sich der Ressortpartikularismus, den Fürst Bismarck bisweilen schalt, nach Herzenslust gütlich getan, manche der hochgebietenden Kollegen hatten gegen einander einen Guerilla-Krieg mit Druckerschwärze geführt, die Minister strebten auseinander, wie die Nationen der im österreichischen Reichsrate vereinigten Königreiche und Länder. Das würde nun anders, würde nun besser werden. Wir vernahmen die Botschaft, glaubten ihr und harrten der Erfüllung. Es wurde auch in der Tat manches anders, nur wurde es nicht besser. Wie kam das nur? Die politisch Denkenden erstaunten. Graf Bülow hatte sich in seiner diplomatischen Tätigkeit seit langem den Ruf eines tatkräftigen und gewandten Politikers erworben. Wie war es möglich, daß er in einem Staat, in dem auch der höchste Beamte an Disziplin gewöhnt ist, in dem zu Bismarcks Zeiten die Botschafter einschwenken mußten, wie die Unteroffiziere, vor der Aufgabe versagte, die zentrifugalen Neigungen dieses oder jenes Ministers einzudämmen? Er brauchte doch nur klare Richtlinien zu normieren, weithin sichtbare Ziele anzugeben. Die Erklärung blieb nicht lange aus. Miquel, hieß es, dieser verschmitzte Proteus, der in seiner Jugend Bauernaufstände, in seinem Alter die Fronde der Kanalrebellen organisierte, Miquel, der selbst den Mantel vom Schwarzen Adler noch nach dem Winde trägt, er ist der Vater aller Hindernisse. Es soll hier nicht untersucht werden, inwiefern diese abträgliche Schätzung des trotz aller Bedenken gegen seinen Opportunismus hochverdienten Mannes zutreffend war. Wir gewährten dem Grafen Bülow die Schonzeit, die seine Anhänger forderten. Wieder hieß es, erst müsse Miquel nach dem Worte „So soumettre ou se démettre" gebeugt oder gebrochen werden, erst müsse der Zweikampf zwischen diesen beiden Vertretern zweier anders gearteter Staats- und Weltanschauungen ausgefochten sein, dann werde Graf Bülow das Ministerium zu einem homogenen gestalten, man werde wieder wissen, was die Regierung wolle, und vor allem werde die Regierung selbst wissen, was sie wolle. Nun kam der Tag, an dem Miquel die Kanalgrube grub, in die er selbst hineinfiel. Graf Bülow siegte. Die Bahn war frei. Der Kanzler hat, wie kein anderer, das Ohr des Königs. Es mußte ihm nun ein Leichtes sein, uns in jeder Maßnahme der Regierung einen Hauch seines Geistes verspüren zu lassen. Heute erlauben wir uns die Frage an den leitenden Staatsmann: „Ist es erreicht?"

Zu dieser Frage nötigen uns Aeußerungen, die der Minister des Innern, Freiherr von Hammerstein, im preußischen Abgeordnetenhause getan hat. Es ist zwar in neuerer Zeit üblich geworden, rednerische Entgleisungen der Minister mit einer Nachsicht zu behandeln, für die wir leider eine schmeichelhafte Erklärung nicht zu finden vermögen. Wir aber glauben, daß ein Minister, von seiner persönlichen Bedeutung abgesehen, Anspruch auf ernste Kritik hat, daß seine Stellung ihm die Pflicht auferlegt, seine Worte, besonders wenn sie prinzipielle Erklärungen enthalten, auf das sorgsamste abzuwägen; wir glauben, daß wir ihm zu nahe treten würden, wenn wir Aeußerungen von programmatischer Bedeutung lächelnd als einen Lapsus ignorieren wollten. Freiherr von Hammerstein hat in der Debatte im Abgeordnetenhause gesagt, er werde für die Aenderung der Grundlagen des preußischen Dreiklassenwahlrechts nie zu haben sein; er hat das große Wort gelassen ausgesprochen: „Unter den Wahlsystemen, die bestehen, gibt es, glaube ich, keines, das so genau und richtig den Ausdruck der öffentlichen Meinung wiedergibt, wie das Dreiklassenwahlsystem in Preußen". Zu dieser Aeußerung, die der Unerschrockenheit des Ministers alle Ehre macht, aber auch nur dieser, kontrastiert es höchst eigenartig, daß Graf Posadowsky im Reichstage die Sicherung des Wahlgeheimnisses eine ethische Pflicht genannt hat. Wir brauchen die Ansicht des Herrn von Hammerstein nicht mehr zu diskutieren, sie ist längst widerlegt, in der Vergangenheit durch das Zeugnis des Fürsten Bismarck, dessen vernichtende Kritik dieses Wahlsystems ja hinlänglich bekannt ist, in der Gegenwart durch die Tatsache, daß in den fünf größten Bundesstaaten die Wahlreform auf der Tagesordnung steht. Wir konstatieren nur mit Bedauern, daß die Vertrauensmänner des Kanzlers in Bezug auf die allerwichtigsten Fragen der Politik ganz entgegengesetzter Ansicht sind und dies mit schönem Freimut an den Tag legen, der uns noch schöner erscheinen würde, wenn beide Herren Rentiers in Rixdorf, nicht aber Chefs hoher Staatsressorts wären. Daß der Kanzler im Reichstage durch das Medium des Grafen Posadowsky modern, im Abgeordnetenhause durch den beredten Mund des Freiherrn von Hammerstein rückständig erscheint, das würde die Beurteilung dieses Staatsmannes erschweren, sein Wesen in ein schillerndes Zwielicht rücken, wenn wir nicht hoffen dürften, daß Graf Posadowsky die Ueberzeugungen des Kanzlers richtiger interpretiert und daß die Auffassung, die wir in den Worten „Hammerstein contra Bülow" zum Ausdruck brachten, eine berechtigte ist. Ganz sicher dürfen wir auf eine bündige Aufklärung hoffen, denn wenn der Kanzler zu den Aeußerungen des Herrn von Hammerstein schweigen sollte, so würde uns wirklich nicht allein um seine Gottähnlichkeit, sondern auch um das Mindestmaß von Autorität bange, das Graf Bülow für sich in Anspruch nehmen kann und muß.

Dieselbe Unstimmigkeit, die hier so kraß zu Tage trat, zeigte sich auf dem nicht minder wichtigen Gebiete der Ostmarkpolitik. Der Kanzler, der sich mit anerkennenswertem Bemühen in diese spröde Materie eingearbeitet hat, legte stets den Nachdruck auf eine positive Politik der wirtschaftlichen und kulturellen Förderung jener Provinzen. Die polizeiliche Chikane gilt ihm als eine längst vermoderte Staatsunklugheit, Repression schlechthin als unsittlich und, was nach Talleyrand wichtiger ist, als unwirksam. Und nun donnert plötzlich der grimme Herr von Hammerstein: „Wir haben zu befehlen, ihr habt zu gehorchen!" Nicht lange, nachdem Graf Posadowsky geäußert hat, auf wirtschaftlichem Gebiete sei es nicht mehr möglich, den Grundsatz, „ich will Herr im Hause sein" strikt und ohne Konzessionen durchzuführen. Sollte es auf politischem Gebiete noch möglich sein, obwohl doch die politische Emanzipation der Völker der wirtschaftlichen Mündigsprechung der Individuen solange vorausgegangen ist? Graf Bülow, der konstitutionell und modern empfindende Mann, muß erblaßt sein, als er die Fanfaronade des Herrn v. Hammerstein vernahm. Denn mehr — seien wir doch ganz aufrichtig! — mehr ist es ja doch nicht. Die absolute Politik der starken Hand hat allenthalben abgewirtschaftet, darüber kann uns ein Blick nach Ungarn hin belehren. Die rein mechanische Auffassung des Staatslebens, wie Herr von Hammerstein sie vertritt, ist eingesargt. Sie hatte einst ihre Berechtigung, aber nun ist sie dahin, unwiederbringlich dahin und keine polternde Excellenz wird sie wieder zum Leben erwecken. Graf Bülow aber wird hoffentlich ein Wort der Klärung zu sprechen wissen, das dem Minister des Innern den Mut zu weiterer Initiative dauernd benimmt. Wir möchten diesmal kein Zitat von ihm hören, sondern ein Wort von eigenem Wuchs, ein Wort, aus dem ein ganzer Mann spricht, hinter dem ein ganzer Mann steht, ein Bülowwort, das seines großen Vorgängers würdig und doch nicht von ihm entlehnt wäre. G.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 3. Februar.

* **„Ein Nachklang"** überschreibt die kanzleroffiziöse „Südd. Reichskorresp." folgende Auslassung: „Ohne zu politischen Abmachungen zu führen, die ja nirgends geplant waren, hat der Besuch des Königs der Belgier auf deutscher wie auf belgischer Seite ungetrübte Eindrücke zurückgelassen. Dieses Ergebnis ist anscheinend nicht nach dem Geschmack einzelner französischer Blätter, die sich gern ein vormundschaftliches Aufsichtsrecht über Belgiens auswärtige Beziehungen, namentlich über sein Verhältnis zu Deutschland beilegen. Da nun schlechterdings nichts zu finden war, weil eben der freundlich offene und gar nicht geheimnisvolle Empfang König Leopolds durch Kaiser Wilhelm keine Handhabe für Verdächtigungen bot, sollte eine Art „Zwischenfall" dadurch zurecht gemacht werden, daß man Ihrer Majestät der Kaiserin eine geflissentliche Reserve gegen den Königlichen Gast andichtete. Auch in deutschen Blättern — bei uns ist es sonderbarer Weise meist die demokratische Presse, die in Dingen des Hofzeremoniells eine überfeine Empfindlichkeit an den Tag legt, — wurde es „auffällig" gefunden, daß bei dem Gottesdienst in der Schloßkapelle am 27. Januar die Kaiserin nicht von König Leopold geführt worden sei. Die Tatsache ist an sich richtig; sie erklärt sich aber einfach daraus, daß unsere Kaiserin durch ihr an jenem Tage noch nicht ganz gehobenes Fußleiden überhaupt verhindert war, an dem Zuge, der sich durch viele Säle des Schlosses zur Kapelle hinaufbewegte, teilzunehmen. Sie begab sich deshalb unmittelbar aus ihren Gemächern dorthin und kehrte nach Beendigung des Gottesdienstes auf demselben Wege wieder zurück, von Ihrem Kaiserlichen Gemahl bis zum Ausgang der Kapelle geleitet. Schon am 26. Januar hatte aber die Kaiserin den König der Belgier persönlich begrüßt, am 28. erschien sie, inzwischen völlig wieder hergestellt, bei dem zu Ehren des Hohen Gastes veranstalteten Mahle und — zur Beruhigung demokratischer Blätter in Deutschland, wie republikanischer in Frankreich, sei es ausdrücklich festgestellt — wurde von König Leopold zu Tisch geführt."

* **Deutsch-russische Handelsbeziehungen und französische Revanchehoffnungen.** Dem „Echo de Paris" hat es beliebt, dem Grafen Bülow in der Voraussetzung, daß der Stand der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen sehr ungünstig sei, folgende Alternative zu stellen:

„Zwei Mittel bleiben zu seiner Verfügung: mutig den Kampf mit den deutschen Agrariern aufzunehmen, indem er anerkennt, daß er sich in seinen Berechnungen getäuscht hat und daß die Minimalzölle auf Roggen und Weizen, Gerste und Hafer nicht als Grundlage für ernsthafte Verhandlungen dienen können, oder Rußland den Zollkrieg erklären, indem er die bestehenden Handelsverträge kündigt, bevor er weiß, ob er sie durch andere ersetzen kann. Es wäre in jedem Falle ein schwerer Fehler seinerseits, wenn er den Ratschlägen Gehör schenkte, welche die deutschen Agrarier ihm ins Ohr flüstern, und wenn er russische Verlegenheit benützte, um Rußland gegenüber diplomatisch im Trüben zu fischen. Deutschland hat jedes Interesse daran, im Osten seiner Grenzen sich keinen unversöhnlichen Feind zu schaffen. Das weiß Graf Bülow sehr gut, und er wird nicht den groben Irrtum begehen, den einige seiner Freunde ihm suggerieren und den wir Franzosen als die Morgendämmerung naher Genugtuung (comme l'aube des réparations prochaines) begrüßen könnten."

Die Berechtigung einer so ausschweifenden Kombination bleibe hier ebenso unerörtert, wie die Frage, ob die eingangs erwähnte Voraussetzung stichhaltig sei. Worauf es im Augenblicke ankommt, das ist der Hinweis auf die Hoffnungen, die ein dem französischen Generalstabe nahestehendes Blatt, wie das „Echo de Paris", aus einer ungünstigen Gestaltung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen schöpfen zu sollen meint.

* **Gegen den Flaschenbierhandel.** Die preußischen Minister des Innern, für Handel und Gewerbe, und der geistlichen usw. Angelegenheiten haben sich in einem eingehenden Erlaß an den Oberpräsidenten mit dem Flaschenbierhandel beschäftigt. Es ist zur Sprache gebracht worden, daß der Flaschenbierhandel und zwar sowohl der von festen Verkaufsstätten aus, wie auch der mittels Wagen betriebene, einen bedenklichen Umfang angenommen habe und dazu diene, weite Kreise, namentlich der arbeitenden Bevölkerung, zur Trunksucht zu verleiten. Es ist hervorgehoben worden, daß von den Flaschenbierwagen aus der Bevölkerung das Bier geradezu aufgedrängt werde, daß man namentlich in industriellen Bezirken, vielfach Gelegenheit habe, ganze Familien mit Weib und Kind und den Kostgängern betrunken in den Straßen zu sehen und daß in den Arbeiterhäusern das auf den Tischen ständig herumstehende Flaschenbier auffalle. Von den Besitzern der Flaschenbierwagen würden ganz besonders die Lohn- und Abschlagszahlungstage benutzt, um möglichst viel Bier zu verkaufen. Die Oberpräsidenten sollen sich nun darüber äußern, 1) ob bezüglich des Flaschenbierhandels in der dortigen Provinz ähnliche, wie die oben erwähnten Mißstände hervorgetreten seien; 2) ob und mit welcher Wirkung die durch die jetzige Gesetzgebung schon gebotenen Maßregeln zur Bekämpfung der Mißstände zur Anwendung gebracht seien; 3) ob die zur Bekämpfung vorgeschlagene Maßregel der Einführung einer, von dem Bedürfnisse abhängigen Erlaubnis zum Flaschenbierhandel zweckmäßig und durchführbar erscheine, oder welche anderen Vorschläge vorteilhaft zu machen seien.

* **Arbeiter sind die schlechtesten Arbeitgeber,** so hat wörtlich ein Magdeburger „Genosse" gesagt.

Der in Magdeburg von Buchdruckern gebildete Graphische Gesangsverein wird von den sozialdemokratischen „Genossen" längst mit bösen Blicken betrachtet, obwohl die Mehrzahl seiner Mitglieder selber zur sozialdemokratischen Organisation gehört. Man macht es z. B. dem Verein zum Vorwurf, daß er einmal das Lied „Das ist der Tag des Herrn" gesungen habe, und bemerkt höhnisch: „Ihr singt noch Halleluja!" Die Mitglieder dieses Vereins sollen überhaupt eine gewisse Antipathie gegen die bekannten sozialdemokratischen Chorlieder an den Tag gelegt haben. Man sieht also, daß auch die von den Arbeitern gebildeten Gesangsvereine in erster Linie sozialdemokratische Agitationsvereine sein sollen, zur Pflege sozialdemokratischer Tendenzen. Dieses Verlangen hat sich nun in so schroffer Weise geltend gemacht, daß man zwei Mitglieder des Graphischen Gesangvereins, die in der sozialdemokratischen Druckerei beschäftigt sind, mit der Drohung zum Austritt gezwungen hat, sie würden sonst ihre Arbeitsstellen verlieren. Das veranlaßte einen „Genossen" namens Hesselbarth zu der Erklärung: „Die Angelegenheit zeigt, daß die Arbeiter die schlechtesten Arbeitgeber sind."

Was übrigens schon ziemlich allgemein bekannt war, aber nicht oft genug wieder betont werden kann.

* **Der Kaiser** hatte gestern abend zur Tafelstunde die Oberhofprediger D. Dryander und D. Faber geladen. — Heute vormittag empfing der Kaiser im Beisein des Chefs des Zivilkabinetts die Professoren Hecker, Hellmann, Freiherr v. Richthofen, Güßfeld und nahm von Professor Hellmann einen Vortrag entgegen. Später hörte er den Vortrag von Minister v. Lucanus und empfing den Generaladjutanten v. Mischke. — Heute nachmittag hielt der Berliner Lehrer-Gesangverein im Elisabethsaal des Königlichen Schlosses musikalische Vorträge. — Heute abend gedachte der Kaiser an einem Diner bei dem Präsidenten des Reichstages Grafen v. Ballestrem zur Einweihung der neuen Räume im Reichstagspräsidialgebäude teilzunehmen.

— „Der preußische Landwirtschaftsminister hatte gestern die Mitglieder der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses zu einer Weinprobe ins Landwirtschaftsministerium eingeladen, wobei elf verschiedene Weinsorten, sämtlich aus den domanial-fiskalischen Weingütern stammend, vorgesetzt wurden." So lautet eine Meldung des offiziösen Wolffs Bureau, das von dem Ausgange der „Sitzung" leider nichts berichtet.

— Der 23. ordentliche Adelstag findet am 25. Februar in der Kriegsakademie zu Berlin statt. Zwei Tage vorher, am 23. Februar, wird eine Generalversammlung des Zentralhülfsvereins der Deutschen Adelsgenossenschaft veranstaltet.

⊙ **Königsberg**, 3. Februar. (Tel.) Die „Königsberger Hartungsche Zeitung" meldet: Stadtrat Michelly, Senior des Magistratskollegiums und Vorsitzender des Aufsichtsrats der „Hartungschen Zeitung", ist heute früh gestorben.

* **Danzig**, 3. Februar. Graf Bruenneck-Bellschwitz, der bisherige Vorsitzende des Vereins der Konservativen der Provinz Westpreußen, hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt. An seine Stelle wurde Graf Dohna-Finckenstein zum Vorsitzenden gewählt.

* **Bromberg**, 2. Februar. Das hiesige Grenadier-Regiment zu Pferde Freiherr von Derfflinger (Neumärkisches) Nr. 3, dessen Chef der Kronprinz von Schweden und Norwegen ist, begeht in den Tagen vom 14. bis 17. Dezember d. J. sein 200jähriges Jubiläum. Zu der Feier hat dem Vernehmen nach auch der Kaiser sein Erscheinen zugesagt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Thronfolger und die Klerikalen. Wien, 3. Februar. (Tel.) Die in mehreren in- und ausländischen Blättern kürzlich veröffentlichten Mitteilungen über das Gespräch des Erzherzogs Franz Ferdinand mit dem Vorstande des katholischen Schulvereins beruhen vollkommen auf Erfindung, da der Erzherzog weder mit dem Obmann des Vereins gesprochen, noch die in den Zeitungen erwähnten Worte überhaupt gebraucht hat.

Orient.

Serbische Ministerkrise. Belgrad, 3. Februar. (Tel.) Das Kabinett Genitsch stellte gestern abend im radikalen Klub die Vertrauensfrage, worauf der Ministerpräsident dem Könige Bericht erstattete. Der radikale Klub wird erst heute nachmittag Beschluß fassen. Die Umbildung des Kabinetts durch Aufnahme einiger Radikalen aus der Pasitsch-Gruppe gilt als wahrscheinlich.

Japan und Rußland.

* **London**, 3. Februar. (Tel.) „Daily Mail" will aus angeblich ausgezeichneter Quelle wissen, Rußlands Antwort werde zwar die Oberhoheit Chinas in der Mandschurei zugestehen, aber es ablehnen, diesem Zugeständnisse die Form eines Vertrages mit Japan zu geben. Japan werde in der Note aufgefordert werden, sich damit zu begnügen, daß Rußland in einem Rundschreiben an die Mächte oder auf andere indirekte Weise die Oberhoheit Chinas anerkenne. Japan werde sich entschließen müssen, ob es eine solche indirekte Zusicherung annehmen oder auf dem Verlangen nach einer bindenden Erklärung Rußlands ihm gegenüber beharren wolle. Davon hänge alles Weitere ab. „Morning Post" erfährt, Japan sei entschlossen, keine andere Grundlage eines Abkommens anzunehmen, als eine Verbürgung der Unversehrtheit chinesischen Gebietes. (Voss. Ztg.)

Amerika.

Revolution in Uruguay. Buenos Aires, 3. Februar. (Tel.) Nach Meldungen aus Montevideo herrscht in der Hauptstadt Ruhe. Die Regierung hält es nicht für erforderlich, die Stadt zu befestigen. Die Bataillone der Nationalgarde wünschen den Feldzug; Schießübungen werden angestellt, die ausgezeichnete Erfolge haben. Die beunruhigenden Gerüchte finden in den Regierungskreisen keine Bestätigung.

Deutsche Schulen in Brasilien. Die Mitteilungen, welche neuerer Zeit aus Südbrasilien über die Lage der dortigen deutschen Schulgemeinden an die in Deutschland bestehende „Blumenau-Stiftung" gelangt sind, haben letztere veranlaßt, zwanzig gute Schulbibliotheken nebst Wandkarten und anderen Lehrmitteln sowohl nach Santa Catharina wie auch nach Rio Grande do Sul, wo zur Zeit 400 000 Personen deutscher Abstammung leben, zu senden. Des weiteren hat die gedachte Stiftung sich entschlossen, den besten Lehrplan für eine einklassige Pikadenschule mit 200 ℳ zu prämiieren. Die Stiftung hat kürzlich eine ausführliche Schrift über „Die deutschen Schulen und Schulgemeinden in Südbrasilien" herausgegeben, die von der Verwaltung der Stiftung, Berlin W., Lutherstraße 5, bezogen werden kann. Diese Schrift liefert ein sehr eingehendes und charakteristisches Bild über den vielfach vernachlässigten Zustand der deutschen Schulen in Südbrasilien. Da für dieselben von den einheimischen Behörden durchaus unzulängliche Mittel aufgewandt werden, ist die Tätigkeit der gedachten Stiftung sehr am Platze und ihr tatkräftiges Vorgehen verdient alle Anerkennung und Förderung.

Der Aufstand in Südwestafrika.

Erfreuliche Nachrichten.

* Die Unterwerfung der Bondelzwarts. Die vom Gouverneur Leutwein am Oskiep abgesandte Depesche bestätigt nun definitiv die Unterwerfung der Wilden mit dem schwer aussprechlichen Namen, sodaß also dieser Teil des Aufstandes rascher, als man bis vor kurzem noch hoffen durfte, zur Ehre des deutschen Namens und Ansehens beendet worden ist. Das Telegramm ist